

Antrag 85/II/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Hitzeschutzmaßnahmen in Einrichtungen**

- 1 Hitzeschutzmaßnahmen in Einrichtungen, die in der öffentlichen Hand sind und die eine hohe Fürsorgeverantwortung wie in Kitas und Schulen aufweisen, werden werden prioritär durch die entsprechenden Verwaltungen auf Bezirks- und Landesebene (Schul- und Sportamt, Jugendamt, Gesundheitsamt und Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege) umgehend bzw. es wird deren Umsetzung umgehend veranlasst.
- 9
- 10 Bei Einrichtungen, die nicht in der öffentlichen Hand sind, wie es in der Regel Pflegeheime und auch größtenteils Kitas sind, soll die Bezirks- bzw. Landesverwaltung mit den entsprechenden Trägerverbänden auf Maßnahmen zur Reduzierung der Hitzebelastung für die Bewohner*innen und Kinder hinwirken und deren Umsetzung kontrollieren.
- 17
- 18 Gibt es einen rechtlichen Reformbedarf, um die Umsetzung bei nicht-öffentlichen Einrichtungen kontrollieren zu können, so soll der eingeleitet werden.
- 21
- 22 Hitzeschutzmaßnahmen sind dabei insbesondere konkrete bauliche Veränderungen:
- 24
- 25 Wärmeschutzverglasung der Fenster, Dämmung der Fassade und des Daches, ggf. Installation von Klimaanlagen, 27 Verschattung der Fenster von außen durch Rollläden und 28 Markisen. Die Finanzierung soll durch Bundesmittel erfolgen.
- 30
- 31 **Begründung**
- 32 Die gesundheitliche Belastung durch hohe Temperaturen ist insbesondere für (Klein)Kinder und ältere (pflegebedürftige) Menschen überdurchschnittlich hoch.
- 35 Kleinkinder reagieren empfindlicher auf hohe Temperaturen und sind somit schutzbedürftiger als Erwachsene. Sie leiden schneller unter der Hitze, dies äußert sich durch Dehydrierung, Sonnenstich, Fieber, Hitzepickel und Hitzeerschöpfung. Überhitzte Klassenzimmer führen zu Konzentrationsschwierigkeiten und gesundheitlichen Problemen bei Schulkindern.
- 42
- 43 Senior*Innen in Pflegeeinrichtungen sind durch ihre gesundheitlichen Vorbelastungen durch hohe Hitzeeinwirkungen ebenso besonders gefährdet.

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt durch 130/II/2025 (Konsens)**